

Treibt die Politik des Donald Trump die Wirtschaft und Märkte in die Krise?

Im vergangenen März haben wir geschrieben:

„Wir gehen davon aus, dass wir eine Periode konjunktureller Abschwächung, insbesondere in Europa durchschreiten. Die in China getroffenen Massnahmen wie Steuersenkungen und Beschleunigung des Kreditwachstums, die allmähliche Lockerung der fiskalischen Zügel im Euroraum und die Wende in der US-Zinspolitik unterstützen die Vermutung, dass es in der zweiten Jahreshälfte zu einer globalen Wachstumsbeschleunigung kommen wird. Vor diesem Hintergrund sind die Aktienmärkte nicht wirklich Einbruch gefährdet. Zentral bleibt allerdings, dass die USA und China zu einem Abkommen Hand bieten, welches überlebenstauglich ist. „

Nach einem schwachen Börsenmonat Mai stellt sich zwangsläufig die Frage, ob angesichts der effektiven und verbalen Eskalation im Handelsstreit eine andere Beurteilung vorgenommen werden muss. Die Wahrscheinlichkeit, dass es zu keiner Vereinbarung kommt und der Streit eskaliert, hat zugenommen, während die Chancen einer umfangreichen Regelung von Handels- und Technologieaspekten gegen Null tendieren. Politische Beobachter glauben, dass eine Vereinbarung am G20 Gipfel Ende Juni in Japan erfolgen könnte. Denkbar wäre eine Einigung in Handelsfragen mit einer (gestaffelten) Rücknahme der Importstrafzölle. Zumindest wäre aber zu erwarten, dass nochmals ein Zeitfenster für weitere Verhandlungen geöffnet wird und die angedrohten weiteren Strafzölle sistiert werden.

Können sich die Kontrahenten überhaupt eine andauernde Eskalation erlauben? Die dermassen provozierten Wachstumseinbussen dürften in den USA geringer als in China ausfallen. Letztere haben bereits Schritte unternommen, um einen Konjunkturinbruch zu vermeiden und werden wohl die Dosis erhöhen, wenn dies notwendig würde.

In den USA hat Trump breite politische Zustimmung für sein Vorgehen gegenüber dem Herausforderer aus Asien. Dazu kommt, dass die amerikanische Zentralbank (Fed) dieser Tage erklärte, dass sie bereit sei, die Zinsen vorsorglich zu senken, um einen wirtschaftlichen



Wyss & Partner
Vermögensverwaltung und
Anlageberatung AG

Bahnhofstrasse 17
7323 Wangs, Schweiz
P +41 81 720 06 88
F +41 81 720 06 89
info@wysspartner.ch
www.wysspartner.ch

WYSS & PARTNER

Schwächeanfall zu verhindern. Zudem besteht noch immer ein Projekt der US Regierung zur Erneuerung der Infrastruktur. Hierzu besteht auch ein grosses Interesse seitens der Demokraten, wiewohl die Gespräche vorerst gescheitert sind. Dennoch, im Hinblick auf die Wahlen 2020 ist eine Beseitigung des Konfliktes im Interesse des US Präsidenten. Seine Popularitätswerte sind, wie auch im Vergleich zu seinen Vorgängern, absolut tief. Den „historisch grossartigen“ Erfolg müssen aber beide Vertrags Parteien gleichermaßen verbuchen können.

Der Entscheidungsbaum ist fast so offen wie beim Brexit, hat aber ungleich grössere globale Konsequenzen. Können sich die Aktienbörsen im Sommer von ihrem Politmalus befreien, wird dies vorab die asiatischen Märkte beflügeln, welche dieses Jahr zurückgeblieben sind. Paradoxerweise ist ein ähnliches Verhalten zu erwarten, sollte der Handelskonflikt eskalieren. In diesem Fall dürfte die Binnennachfrage richtiggehend befeuert werden. Gut möglich ist auch die Variante, dass sich die Verhandlungen weiter dahinziehen und für anhaltende Verunsicherung sorgen. Unter Abwägen der verschiedenen Faktoren glauben wir noch immer an eine Teillösung des Konfliktes und sind daher angemessen in Risikopapieren investiert.

Über einen längeren Zeithorizont wird der Kampf um die wirtschaftliche und militärische Machtstellung das sino-amerikanische Verhältnis prägen. Eine zentrale Rolle spielt hierbei die Technologische Innovationsfähigkeit, welche über die Vormachtstellung entscheiden wird. Dementsprechend wird der Wettkampf in den Zukunftsindustrien hart und unter besonders starkem Einfluss der Regierungen erfolgen. Der Fall Huawei wird wohl kaum ein Einzelfall bleiben. Ob allerdings eine völlige Abspaltung Chinas von der westlichen Technologie in Gang gesetzt wird, ist eher zweifelhaft. Es wäre also eine Illusion zu glauben, dass mit der Unterzeichnung eines Handelsabkommens die politische Risikoprämie völlig verschwinden würde.

Wangs, Juni 2019